

Schule und Kirche – Säulen zur Identitätseinhaltung der Galiziendeutschen in der k. u. k. Monarchie

Serhij Lukanjuk

Abstract: *This article is describing and analyzing the role and mutual influence of church and school systems of Galician Germans in Austrian-Hungarian monarchy times, as well as the significance of those systems for preserving ethnical identity.*

Key words: *church, public school, teacher, Galician Germans, Protestants, Catholics, nation.*

Unter den nach Galizien eingewanderten Kolonisten gab es Katholiken, Lutheraner, Reformierte und Mennoniten. Die Ansiedlungsbehörden gingen seinerzeit auf Befehl des Kaisers Joseph II. nach dem Grundsatz vor, nur religiös einheitliche Dörfer einzurichten, „...weil es sowohl mit Rücksicht auf die Seelsorge als auch den Unterricht der Jugend beschwerliche Folgen nach sich zieht, wenn Ansiedler aus verschiedenen Religionen beisammen dotiert werden ...“. Später entstanden auch religiös gemischte Siedlungen, vielfach Tochtersiedlungen von evangelischen und katholischen Pfälzern, die von diesen gemeinsam gegründet und besiedelt wurden. Daneben müssen die katholischen Deutschböhmern genannt werden, die sich schon wegen ihrer abgesonderten Lage kaum mit den Evangelischen vermengen konnten.

Die archaisch-gläubige Gesinnung dieser anspruchslosen Menschen äußerte sich in einer Überhöhung der religiösen Empfindungen bei gleichzeitiger Missachtung und Intoleranz gegenüber religiös Andersdenkenden. Religionsfragen beherrschten im 18. Jh. das Leben der Menschen vor den erst im 19. Jh. im Gefolge der Aufklärung, der französischen Revolution, der Napoleonischen Kriege und der beginnenden Industrialisierung aufkommenden Fragen der nationalen Bewegung, staatlichen Einheit, Freiheit der Gesellschaft, Menschenwürde, Rechtssicherheit und sozialen Gerechtigkeit, wobei diese Fragen Hand in Hand gingen mit der Entmythologisierung der Lebensabläufe, der Zunahme des naturwissenschaftlichen Denkens bei gleichzeitig abnehmender Bedeutung des Gottesgedankens. Zur Einwanderungszeit war die Glaubenswelt jedoch noch eine andere: Die Religionskriege zwischen Protestanten und Katholiken sowie die gegenreformatorischen Ausschreitungen lagen damals noch gar nicht so lange zurück. Demgemäß mochten die Ansiedler auch in der Fremde ihre andersgläubigen pfälzischen Landsleute nicht besonders gern, ihr Verhältnis zueinander war eher gleichgültig bis ablehnend und vielfach verachteten und verspotteten sie einander. Auch in den folgenden Jahrzehnten hielten die beiden konfessionell unterschiedlichen Volksgruppenteile gesellschaftlich und kulturell Distanz zueinander, sogar in religiös gemischten Dörfern.

Wie die josefinische Regierung für die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Kolonien gesorgt hatte, so war sie auch auf die Inbetriebsetzung der kulturellen Organisation bedacht. Sie gewährte Beihilfen zur Herstellung der Schulen und Bethäuser, bezahlte während der ersten drei Jahre die Gehälter der Pastoren und schoss zur Besoldung der Schullehrer zu. Allmählich übernahmen dann die Siedler Kirche und Schule in eigene Rechnung.

Das protestantische Kirchenwesen im Lande musste ganz neu aufgebaut werden. Es bestanden 1772 nur zwei evangelische Pfarrgemeinden im Lande: Biala im äußersten Westen, der Mittelpunkt der schlesischen Altkolonisten, die einzige stetig bis in die Reformationszeit zurückreichende protestantische Gemeinde Galiziens, und Zaleszczyki im äußersten Osten, eine misslungene Tuchmachersiedlung, die Graf Poniatowski im Jahre 1750 angelegt hatte. 1774, noch vor dem Beginne der Kolonisation und der Erlassung des Toleranzpatentes, gestattete Josef II. die Niederlassung von Protestanten in einigen Städten Galiziens. So entstanden die Pfarren Lemberg, Jaroslau und Podgorze-

Krakau. Diese städtischen Gemeinden dienten vor allem den Protestanten unter der städtisch-deutschen Oberschicht. Soweit sie nicht durch die bäuerliche Kolonisation unterbaut wurden (Lemberg), sanken sie später zur Bedeutungslosigkeit herab. Nach der Einwanderung der Pfälzer entstanden dann die Landgemeinden, die fortan das Rückgrat der evangelischen Kirche Galiziens bildeten: Stadlau, Reichsheim-Hohenbach, Ranischau, Königsberg, Reichau, Hartfeld, Bandrow, Brigidau, Josefsberg, Dornfeld und Ugartsthal. Freilich konnte nur ein Bruchteil der Siedlungen einen eigenen Geistlichen erhalten, die anderen wurden an oft weit entfernte Pastorate angeschlossen und sahen den Pfarrer nur einige Male im Jahr. Während der übrigen Zeit hatte der Lehrer dessen Obliegenheiten zu versehen. Die evangelischen Kirchspiele Galiziens wurden anfangs an die mährisch-schlesische Superintendentur angeschlossen, 1802 aber von ihr wieder abgetrennt und zu einer eigenen Superintendentenz erhoben.

Der weitere Ausbau des evangelischen Kirchenwesens ist ein getreues Spiegelbild der Entwicklung des Deutschtums in Galizien überhaupt. Der anfängliche Aufschwung der Sandetzer Siedlungen brachte die Errichtung der Pfarren Neu-Sandetz (1801) und Neu-Gawlow (1808). Eine weitere Ausbreitung gab es im Westen nicht. Danach ist eine Reihe der dortigen Pfarren, vor allem Neu-Gawlow, Ranischau und Königsberg, zu einem Schattendasein herabgesunken, sie waren fast ständig unbesetzt und wurden von den Nachbargemeinden aus administriert. Dagegen erfolgte im Osten mit dem Fortschreiten der Tochterkolonisation eine Reihe von Neugründungen: 1805 Josefow, 1810 Gelsendorf, 1871 Baginsberg-Kolomea, 1884 Unterwaiden, 1898 Stryj und 1899 Stanislau. Die beiden letzteren sind das Ergebnis der neuen deutschen Einwanderung in die Städte. Schon waren weitere Gründungen in Aussicht genommen (Sapiezanka-Theodorshof, Dolina-Engelsberg und Bredtheim), da kam die große Auswanderung von 1903 und zerstörte die Hoffnungen.

In der Bukowina war unter Josef II. nur eine einzige Pfarrgemeinde für die wenigen evangelischen Siedler errichtet worden: Milleschoutz-Badeutz. Im Verlaufe der deutschen Ausbreitung aber zweigten von ihr sieben weitere deutsche Gemeinden ab, und zwar durchwegs mit höheren, rund 2500 betragenden Seelenzahlen.

Die katholischen Siedlungen wurden im polnisch-katholischen Gebiete überall an die benachbarten Pfarren angeschlossen. Im Osten aber kamen sie öfters in so rein griechisch-uniierte Gegenden zu liegen, dass die Gründung eigener römisch-katholischer Pfarren nötig wurde, die nun wesentlich deutschen Charakter erhielten. In der Zeit der Einwanderung entstanden Falkenberg, Fehlbach, Münchenthal, Weißenberg (mit Ottenhausen), Wiesenberg und Bruckenthal. Später zweigten noch von polnischen Pfarrgemeinden ab: Königsau (1846), Kaisersdorf (1877) und Beckersdorf (1923). Die pfälzisch-katholische Tochterkolonisation im Osten hat infolge ihres geringen Umfanges neue deutsche Pfarren nicht zu schaffen vermocht.

Ein ganz anderes Bild zeigen die Deutschböhmen. Ihnen wurde bei der Errichtung ihrer Kirchen ebenso wenig Hilfe zuteil wie beim Aufbau der Wirtschaften, auch hier waren sie auf die eigene Kraft angewiesen. Dagegen waren sie durch ihre Ansiedlung in größeren Gruppen den vereinzelt Pfälzerdörfern gegenüber im Vorteil. Sie erreichten nach und nach die Errichtung von vier eigenen Pfarrgemeinden, die alle rein oder ganz überwiegend deutsch, zudem größer als die pfälzisch-katholischen sind: 1842 Machliniec, 1848 Felizienthal (die Kirche zuerst in Klimiec, außerhalb der Sprachinsel, erst 1861 nach Felizienthal verlegt), 1853 Mariahilf und 1910 Ludwikowka. So kam es, dass von den 7000 Deutschböhmen rund 4840 oder 69 Prozent in deutschen Pfarren lebten, während dies von den 11000 katholischen Pfälzern nur 3500 oder 32 Prozent beschieden ist. Städtische deutsch-katholische Gemeinden gab es natürlich nicht.

Die Organisation des Volksschulwesens wurde etwas später in Angriff genommen als die des Kirchenwesens. 1786 erfolgte eine kaiserliche EntschlieÙung, wonach sowohl für die katholischen wie für die protestantischen Ansiedlungen Schulen zu errichten seien.

Auf dem Gebiete des Unterrichtswesens hatte die österreichische Regierung in Galizien von Grund auf Neues zu schaffen, bei den Kolonisten sowohl wie bei den alteingesessenen Slawen. Die Städte und die deutschen Siedlungen bildeten die ersten Stützpunkte der neuen Schulorganisation. In manchen Fällen diente die Volksschule einer deutschen Gemeinde auch für die Slawen in den Nachbarorten und hatte dann gemischte Unterrichtssprache, so in Padew Kolonie und Tuszow Kolonie. Die Lehrer waren auch an slawischen Orten vielfach Deutsche, zumindest mussten sie der deutschen Sprache mächtig sein.

1786 werden erst drei deutsche Kolonieschulen genannt und zwar alle in evangelischen Gemeinden: Brigidau, Falkenstein („Nikonkowice“) und Weinbergen („Winniki“). In diesem Jahre setzte die Arbeit der Regierung ein und schon vier Jahre später ist das Netz der deutschen Schulen im Wesentlichen ausgebildet.

Tabelle 1. Deutsch und slawische Volksschulen in Galizien

Kreis	1790					1800				
	deutsche Dorfschulen			in slaw. Orten	Stadtschulen	deutsche Dorfschulen			in slaw. Orten	Stadtschulen
	kath.	evan.	gesamt			kath.	evan.	gesamt		
Myslenice	1	-	1	1	10	2	1	3	9	13
Bochnia	-	1	1	-	7	-	1	1	3	8
Sandetz	1	1	2	5	4	1	1	2	22	4
Jaslo	-	-	-	1	7	-	-	-	-	9
Tarnow	3	3	6	-	2	3	3	6	1	5
Rzeszow	3	3	6	2	5	2	5	7	9	7
poln. Gebiet	8	8	16	9	35	8	11	19	44	46
Sanok	2	2	4	-	4	2	2	4	-	5
Sambor	3	6	9	2	5	3	6	9	1	7
Przemysl	1	4	5	1	13	1	4	5	1	11
Zolkiew	4	2	6	-	3	2	2	4	-	7
Lemberg	2	3	5	-	9	2	3	5	1	8
Stryj	-	3	3	-	4	1	3	4	1	6
Zloczow	-	1	1	-	6	-	-	-	-	9
Brzezany	-	-	-	-	3	-	1	1	1	6
Tarnopol	-	-	-	-	2	-	-	-	-	8
Zalezczyki	-	-	-	-	5	-	-	-	-	4
Stanislaw	-	-	-	1	4	-	-	-	4	8
ukr. Gebiet	12	21	33	4	58	11	21	32	9	79
Galizien zusammen	20	29	49	13	93	19	32	51	53	125

Die ersten 6 Kreise stimmen annähernd mit dem polnischen Sprachgebiete überein, die restlichen 11 mit dem ukrainischen. Unter der Bezeichnung „Städtische Schulen“ sind hier die amtlich „Kreisschulen“, „Hauptschulen“ oder „Mädleinschulen“ genannten Unterrichtsanstalten und die Trivialschulen in den Städten zusammengefasst. Sie haben bei der Vergleichung des deutschen bäuerlichen Schulwesens mit dem slawischen auszuscheiden, waren übrigens auch zum großen Teile deutsch und mit deutschen Lehrern besetzt. Bei den dörflichen Trivialschulen, und Volksschulen, zeigt sich, dass der Schematismus für das kleine Häuflein der deutschen Kolonisten fast viermal soviel

Schulen anführt wie für die große Masse der einheimischen Bauernbevölkerung. Unter diesen sind wieder die Polen den Ruthenen weit überlegen, sie haben gegenüber den 16 deutschen Schulen in ihrem Gebiet doch immerhin 9 eigene. In Ostgalizien aber haben die Kolonisten mit 33 Schulen achtmal soviel wie ihre ruthenischen Nachbarn.

Ein Jahrzehnt später sind die Verhältnisse schon in deutlicher Wandlung begriffen. Das deutsche Schulwesen breitet sich danach nicht weiter aus. Dagegen wächst die Zahl der slawischen Dorfschulen und hat die der deutschen bereits erreicht. Der Abstand zwischen Polen und Ukrainern bleibt nicht nur gewahrt, sondern ist noch vergrößert. Die Polen haben die Zahl ihrer dörflichen Schulen seit 1790 verfünffacht, die Ukrainer ihre nur verdoppelt. Immer noch aber war der Abstand zwischen Deutschen und Slawen ein ungeheurer. Erst viel später näherten sich die slawischen Schulzahlen westlichen Verhältnissen an.

Die größeren deutschen Kolonien sind 1790 fast alle als mit Schulen versehen angeführt. Von den kleineren, finanziell weniger leistungsfähigen, ist ein Teil noch ohne ordentliche Volksschule, d. h. ohne Schule mit einem eigenen Schulgebäude und einem wenigstens notdürftig vorgebildeten Lehrer, der das ganze Jahr über unterrichtet. In ihnen behalf man sich mit Winkel- oder Winterschulen, d. h. der Unterricht wurde nur während der kalten Jahreszeit und zwar im Hause eines Kolonisten abgehalten, manchmal zogen auch Lehrer und Schüler von Haus zu Haus. Zumindest eine solche Winkelschule hatte wohl jede Siedlung.

Die Lehrer besaßen nur ganz selten eine planmäßige Vorbildung. In den meisten Fällen waren es frühere Bauern, Handwerker oder ausgediente Soldaten, die selbst nur Volksschulbildung genossen und im besten Falle bei einem Pastor einen Kurs von wenigen Wochen durchgemacht hatten. Bredetzky schreibt darüber: „Die meisten Lehrer in Galizien sind Bauern, oft sind es solche, die auf einer Wirtschaft verdarben, entweder ihren Unterhalt durch Handarbeit nicht suchen wollen oder nicht können. Was kann man von solchen Menschen Gutes erwarten, was darf man bei der kärglichen Remuneration für ihre Mühe von ihnen verlangen, ohne ungerecht zu sein?“. Unterrichtsart und -ziel waren naturgemäß primitiv. Der Hauptstoff, um den sich alles andere anordnete, waren die Religion, die biblische Geschichte und der Katechismus.

Der Lehrer hatte aber nicht bloß den Unterricht zu erteilen, sondern in den Siedlungen, die nicht Pfarrsitze waren, auch teilweise den Geistlichen zu vertreten, nämlich sonntags Gottesdienst zu halten, zu taufen, zu begraben und die Sonntagsschule zu leiten. Im Bewusstsein der Kolonisten trat diese Pflicht, die eigentlich nebenamtlich war, durchaus an die erste Stelle und machte ihnen das Wesentliche des Lehrerberufes aus. Als 1811 die Gemeinde Hanunin mit dem Pfarrer in Josefow Streit bekam, weil dieser die eigenen Gottesdienste in Hanunin abstellen und die dortigen Deutschen zum Besuche der Kirche in Josefow verhalten wollte, hielten sie ihm entgegen: „Wozu sie denn einen Schullehrer hätten, wenn er nicht Kirche halten und begraben dürfe?“ Der Lehrer wurde von der Kirchengemeinde, die das Patronatsrecht über die Schule besaß, angestellt, bezahlt und konnte von ihr auch gekündigt werden. Das Presbyterium überwachte den Schulbetrieb, versuchte wohl auch dem Schulmeister vorzuschreiben, was er zu lehren hätte und in welchem Umfange. Nicht selten führt das Abhängigkeitsverhältnis des Lehrers zu Kämpfen, die ganz jenen zwischen Pfarrer und Gemeinde in der ersten Zeit entsprechen. Einen solchen schildert z. B. Friedrich Rech in seiner prächtigen Erzählung „Aus der Tiefenthaler Dorfchronik“.

Das ganze Unterrichtssystem hatte einen bäuerlichen, einfachen und robusten Charakter nicht nur im Vergleich mit den gleichzeitigen Verhältnissen in den deutschen Teilen Österreichs. Nach den österreichischen Bestimmungen, die gewiss auch für ihre Zeit recht bescheiden waren, hatte der Lehrer anfänglich einen dreimonatigen, seit 1822 einen sechsmonatigen und seit 1848 einen ein- bis zweijährigen Vorbereitungskurs durchzumachen. Doch wurden die betreffenden Verordnungen, die natürlich als für ganz

Österreich gültig erlassen waren, nur im Westen gehandhabt, in Galizien waren sie undurchführbar. Der gleiche Abstand zeigte sich in den Lehrergehältern. Das Jahreseinkommen eines Lehrers war nach der „Politischen Schulverfassung“ von 1805 mit 130 fl. festgesetzt. In Galizien zahlte zwar um 1830 die alte deutsche Stadt Biala ihren drei Lehrern 600, 500 und 300 fl., in den jungen deutschen Kolonien aber bestand das Gehalt der Lehrer nur zum geringsten Teil in Bargeld, 20-30 Gulden Wiener Währung bildeten die Regel. Dazu kamen Naturallieferungen in Getreide und die Nutznießung des etwa 2-6 Joch großen Schulfeldes, das der Lehrer entweder selbst bewirtschaften oder an ein Gemeindeglied verpachten konnte. Es kamen auch Jahresgehälter vor wie „6 Gulden W. W., 6 Koretz Korn und 6 Joch Ackerfeld“. Die Winkellehrer erhielten noch viel weniger. So unterrichtet in Manasterz 1869 ein verabschiedeter Feldweibel und Grundwirt die Kinder während der Wintermonate gegen Beheizung seines Wohnzimmers.

Das dörfliche Schulwesen Galiziens im 19. Jh. gehörte eben nicht dem binnendeutschen Kulturbereich an, sondern dem der jungen deutschen Sprachinseln. Seine nächsten Parallelen hatte es bei den deutschen Siedlern in Kongresspolen und Wolhynien, wo es sich in den alten Formen erhalten hat, während in Galizien später eine Hebung erfolgte.

Die Schulverhältnisse bewirkten eine starke Herabdrückung des Bildungsstandes, den die Einwanderer aus Deutschland mitgebracht hatten, wenn auch der Vorsprung vor den Slawen noch immer ein außerordentlicher blieb. In der Zeit der rein bäuerlichen Lebensformen der Sprachinsel machte dieses Sinken der Bildung weiter nichts aus und wurde nicht einmal recht empfunden. Erst später, als das Studium an höheren Schulen begann, zeigten sich die Schäden, und es bedurfte jetzt härtester Anstrengungen, bis die deutschen Siedlungen den Anschluss an die deutsche Gesamtkultur wieder gefunden hatten.

Die geschilderten Verhältnisse blieben sich bis zum Jahre 1869 im Wesentlichen gleich. Das Schulsystem lebte sich ein und wurde auch auf die Tochttersiedlungen im Osten übertragen. Die Deutschböhmen bauten ihr Schulwesen in ganz gleichen, vielleicht noch etwas primitiveren Formen auf.

Da brachte das Jahr 1869 das Reichsvolksschulgesetz und mit ihm eine grundlegende Änderung. Es beseitigte die geistliche Schulaufsicht und machte die staatlichen Schulen zu interkonfessionellen. Die Gestaltung des Schulwesens wurde ganz in die Hände der staatlichen Behörden gelegt, in Galizien, das in der gleichen Zeit seine Sonderstellung durchsetzte, kam die Schule so unter polnische Verwaltung. Für den Lehrer an einer öffentlichen Schule war nunmehr der Besuch einer vierklassigen Lehrerbildungsanstalt vorgeschrieben.

Die von Kirchengemeinden erhaltenen konfessionellen Schulen wurden durch das Gesetz zu Privatschulen herabgedrückt und verloren den Anspruch auf staatliche Unterstützungen. Dadurch wurde ein starker Druck zur Verstaatlichung der Schulen ausgeübt, und in Westösterreich gaben ihm die Gemeinden, auch die evangelischen, fast überall nach. In Galizien aber bedeutete die Verstaatlichung die Unterstellung unter eine polnische und katholische Behörde. Bei den Protestanten wirkten religiöse und nationale Besorgnisse zusammen, dazu kam der Einfluss der deutschen Pfarrer. Darum wurden hier fast alle Schulen weiter von den Gemeinden als private erhalten. Bei dreien, die später dem Staate übergeben wurden (in Lednica, Josefow und Zboiska) wirkten die alsbald gemachten schlimmen Erfahrungen abschreckend für die Zukunft.

Anders war es bei den deutsch-katholischen Siedlungen. Hier bedeutete die Verstaatlichung nur eine nationale Bedrohung, gegen die man sich durch vertragsmäßige Festlegung der deutschen Unterrichtssprache schützen zu können glaubte. Es fehlte eben an deutschen Führern mit größerem Weitblick. So wurden die Schulen eine nach der anderen „organisiert“, d. h. öffentlich gemacht. Die polnischen Behörden boten alle Mühe auf, um es dahin zu bringen, vielfach wurden die deutschen Bauern regelrecht übertölpelt.

Der Verstaatlichung folgte sofort oder in einigem Zeitabstande die Polnisierung, trotz aller Abmachungen über die Unterrichtssprache. Es waren nur noch ganz wenige staatliche deutsche Volksschulen, und auch bei diesen steht die deutsche Unterrichtssprache teilweise nur auf dem Papier. Es wirken an ihnen Polen als Lehrer, die das Deutsche nur schlecht oder gar nicht beherrschen, und vor allem ist der Geist des Unterrichtes kein deutscher.

Die deutschböhmisches Kolonien waren mit der Übergabe ihrer Schulen viel vorsichtiger als die Pfälzer. Bei ihnen ersetzte das eingewurzelte tiefe Misstrauen gegen alles Fremde und alles Staatliche insbesondere den Mangel an Führern und ließ sie das richtige Mittel zum Schutze ihres Volkstums wählen. Sie behielten ihre alten Winkelschulen teilweise bis ins 20. Jahrhundert. Noch 1908 wurde von der Schule in Pöchersdorf berichtet: „In Pöchersdorf sind 30 schulpflichtige Kinder in einem Räume untergebracht, der vier Schritte im Geviert zählt und in dem auch das Bett des Lehrers und jenes Hauseigentümers, der das Zimmer zu Schulzwecken hergibt, stehen.“

Durch dieses lange Zuwarten fanden die Deutschböhmern vielfach noch den Anschluss an die 1907 einsetzende Schutzbewegung. In diesem Jahre bestanden von ihren Winkelschulen noch acht: in Annaberg, Jammerstal, Korost, Neu-Mizun, Rehdorf (Sarnowka), Ludwikowka, Pöchersdorf und Teresowka, während die katholischen Pfälzer nur noch eine einzige in Brunnrod besaßen. So konnten drei von den deutschböhmisches Winkelschulen (die zuletzt angeführten) in die Verwaltung des Bundes übernommen und damit in moderne deutsche Privatschulen umgewandelt werden.

Für die evangelischen Schulen kam durch das Reichsvolksschulgesetz eine kritische Zeit der Anpassung an die neue Lage. Sollten ihre privaten Schulen das öffentlichkeitsrecht erhalten, so mussten auch an ihnen Lehrer mit ordentlicher seminaristischer Vorbildung angestellt sein. Solche Lehrer vermochte das evangelische Deutschtum Galiziens nicht zu stellen. So blieben die alten ungeprüften Lehrer als „Aushilfslehrer“ vorläufig weiter im Amte, ein Teil vermochte auch nach § 70 des Reichsvolksschulgesetzes durch langjährigen Dienst im Schulamte die Lehrbefähigung zu erlangen (so genannte § 70-Lehrer), darum wurde der Übergang ein sehr langsamer.

Tabelle 2. Entwicklung des evan. Privatschulwesens in Galizien (mit Biala)

Jahr	Anzahl der Lehrstellen, die besetzt sind mit							Gesamtsumme
	seminaristisch gebildeten Lehrern			nicht seminaristisch gebildeten Lehrern			unbesetzt	
	Städte	Dörfer	zusammen	Städte	Dörfer	zusammen		
1902	32	39	71	5	52	57	4	132
1912	42	39	81	-	53	53	-	134
1928	26	48	74	-	32	32	6	112

Tabelle 2 zeigt, wie zögernd der Aufbau des modernen Schulwesens vor sich ging, wie lange noch die vor 1869 herrschenden Zustände bewahrt wurden. Das musste umso gefährlicher werden, als das Reichsvolksschulgesetz ringsum bei den Polen und weniger Ruthenen einen schnellen Aufschwung des Schulwesens eingeleitet hatte. In einem Senioratsberichte an den evangelischen Oberkirchenrat in Wien heißt es 1882: „In früheren Jahren traten unsere Schulen gegenüber den meist arg daniederliegenden

anderen Volksschulen vorteilhaft hervor. Bei den erfreulichen Fortschritten, die betreffs der öffentlichen auch bei uns anzuerkennen sind, ist dieses Verhältnis heute minder günstig, ja es hat sich an einzelnen Stellen in das Gegenteil verkehrt. Unter den zahlreichen Notlehrern sind teilweise junge Häupter, die im Gange durch das Seminar, teils ältere Männer, die in ihrer früheren Lebensstellung verunglückten und nach solchem Schiffbruch in einem Schulhause den rettenden Hafen fanden. Besonders in diesem letzteren Falle sind ihre Leistungen meist sehr gering." Dieser Bericht erinnerte bedenklich an den 70 Jahre vorher von Bredetzky gegebenen.

Das Reichsvolksschulgesetz stellte die staatlichen Lehrer weit besser als früher, die Gehälter brachte nun der Staat auf. Die evangelischen Gemeinden mussten ihre privaten Lehrer weiterhin selbst besolden und daneben noch zur Erhaltung der von ihnen gar nicht benützten öffentlichen Schulen beitragen. Für kleine Siedlungen von 20 bis 30 Familien, wie es in Galizien eine ganze Reihe gab, bedeutete das natürlich eine sehr schwere Last. Sie vermochten ihren Lehrern nicht entfernt das zu bieten, was der Staat den seinigen gab. Darum bekamen arme Kolonien auch dann noch keine ordentlichen Schulmeister, als solche aus den Reihen der galizischen Deutschen schon in größerer Anzahl hervorgegangen waren. Die seminaristisch gebildeten Lehrer suchten ausreichend besoldete Stellen, und wenn in Galizien keine solchen frei waren, gingen sie nach dem Westen. Für arme Gemeinden blieben weiterhin Aushilfslehrer das einzige Erschwingliche, ja manche von ihnen behalf sich, indem sie die Schulstelle gewissermaßen an den Mindestfordernden versteigerte. Die Lehrer selbst mussten ständig darauf bedacht sein, ihre Stellung zu verbessern, und so gab es unter ihnen ein ruheloses Wandern von Kolonie zu Kolonie, das dem Schulwesen natürlich nicht förderlich sein konnte. Die Intelligenz der galizischen Pfälzer zeigt hier eine ebenso geringe Sesshaftigkeit wie der Stamm in seiner Gesamtheit.

Eine willkommene Hilfe wurde es für die evangelischen Gemeinden, dass gerade in der Zeit der Schaffung des Reichsvolksschulgesetzes der Gustav-Adolf-Verein seine Tätigkeit auch auf Galizien zu erstrecken begann. Er gewährte den Lehrern in den armen Gemeinden Zuschüsse und ermöglichte manch einem erst dadurch ein halbwegs menschenwürdiges Dasein. Ein schwerer Mangel seiner Tätigkeit aber war es in der ersten Zeit, dass sie nicht in einer Zentralstelle organisiert war, sondern dass jeder Lehrer und jede Gemeinde auf eigene Faust um Unterstützungen hinausschreiben musste. Dadurch wurde einem unwürdigen Betteln Tür und Tor geöffnet. Die Lehrer merkten es bald, dass sie um so mehr erhielten, je grauer sie ihre Lage ausmalten, und so entwickelte sich mit der Zeit eine eigene Technik des Gesucheschreibens, die in düsteren Schilderungen das Möglichste leistete. Diese Bettelbriefe der Lehrer haben wesentlich dazu beigetragen, im Reiche die Meinung von der unhaltbaren Lage des Deutschtums in Galizien zu erwecken, die dann zu der Verpflanzungsaktion der Jahre 1903-1907 führte. Erst nach dem nationalen Erwachen der Deutschen Galiziens und der Gründung des Schulhilfskomitees gelang es den Führern unter großen Schwierigkeiten, würdigere Verhältnisse zu schaffen.

Am ehesten gelangten die großen und leistungsfähigen Siedlungen zu guten Schulverhältnissen. Sie vermochten geprüfte Lehrer anzustellen und ihre Schulen zu zwei- und dreiklassigen auszugestalten. Solche besaßen vor dem Kriege: Baginsberg, Brigidau, Dornfeld, Hohenbach und Josefsberg, weiter Stadt Stryj. Neu-Sandetz hatte eine vierklassige Schule, Biala, Krakau, Lemberg und Stanislau sechs- bis siebenklassige. In solchen Schulen konnten die Schüler natürlich eine viel bessere Vorbildung für den Besuch höherer Lehranstalten erhalten, und darum wurden die genannten Dörfer führend beim Aufbau der galizischen Intelligenz.

Neben diesen fortgeschrittenen Gemeinden blieben weiterhin die ob ihrer Armut rückständigen bestehen. 1912 bot die Gemeinde Mogila ihrem Lehrer, der Frau und zwei Kinder besaß, 100 Kronen jährlich in bar und dazu Naturalien im Gegenwerte von 240

Kronen. Nach dem Kriege, gab es eine Gemeinde, die dem seminaristisch gebildeten Lehrer ein monatliches Gehalt von 50 Zloty (etwa 25 Mark) zahlte, wobei der Ertrag des Schulgeldes schon einbegriffen ist. In diesen krassen Unterschieden des Schulwesens zeigte sich ebenfalls die Differenzierung, welche im Lande selbst innerhalb der Kolonien Platz gegriffen hat.

Durch ihre Geschichte und ihre Funktionsweise ist die deutsche Schule in Galizien eng mit der Kirche verbunden gewesen. Erst die Kirchen und dann die Schuleinrichtungen entstanden als gesellschaftliche Institutionen fast zeitgleich mit den jeweiligen Ortschaften. Das Schulwesen in Galizien hat sich nach seinem Anschluss an die österreichisch-ungarische Monarchie wesentlich verändert. Die quantitative und qualitative Entwicklung des Schulwesens der deutschen Minderheit in Galizien trug zum Erwachen des nationalen Bewusstseins der Galiziendeutschen und anderer Völkergruppen bei, die aktiver und beharrlicher nach der Unabhängigkeit ihrer nationalen Bildungseinrichtungen von der zentralen Regierung in Wien strebten.

LITERATUR

[1] Das Deutschtum in Galizien. Seine geschichtliche Entwicklung und gegenwärtige Lage. – Lemberg: Selbstverlag des Bundes der christlichen Deutschen in Galizien, 1914. – 203 S.

[2] Kaindl R.F. Die Deutschen in Galizien und in der Bukowina. – Frankfurt am Main: Verlag von Heinrich Keller, 1916. – 172 S.

[3] Kuhn W. Bevölkerungsstatistik des Deutschtums in Galizien. – Wien: Verlag von Julius Springer, 1930. – 183 S.

[4] Röska-Rydel I. Deutsche Geschichte im Osten Europas. Galizien, Bukowina, Moldau. – Berlin: Siedler Verlag, 1999. – 543 S.

KONTAKT

Serhij Lukanjuk

Doktorand, Nationale Pädagogische Universität Ternopil, Ukraine

s_lukanjuk@yahoo.de

Докладът е рецензиран